

Volks- und Anzeigebblatt

Erscheint
Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Abonnementpreis:
Bierteljährlich bei der Expedition
90 Pfg., durch die Post bezogen
1 Mt. 15 Pfennig.

mit wöchentlichem Unterhaltungsblatt.

Einundfünfzigster Jahrgang.

Einrückungsgebühr:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum
innerhalb des Bezirks 6 S., außerhalb
des Bezirks 9 S. Anzeigen, die Mon-
tag, Mittwoch und Freitag bis Vorm.
10 Uhr eintreffen, finden Aufnahme.

Nro. 80.

Winnenden, Donnerstag den 13. Juli

1899.

An unsere verehrlichen Abonnenten!

In Folge eines äußerst günstigen Abkommens mit einer großen Verlagshandlung sind wir in der Lage, unseren Abonnenten die neueste Ausgabe des

Bürgerlichen Gesetzbuches

nebst dem Einführungsgesetz und einem ausführlichen Sachregister

in Groß-Oktav-Format, mit elegantem, dauerhaften Einband (Calico-Rücken), Ladenpreis Mk. 1.50, als Prämie zum

Vorzugspreise von 85 Pfennig

zu liefern.

Das neue Bürgerliche Gesetzbuch tritt mit dem 1. Januar 1900 in Kraft. — Unkenntnis des Gesetzes schützt nicht vor Schaden.

Jeder Hausbesitzer — jeder Beamte — jeder Geschäftsmann — jeder Handwerker
jeder Arbeiter — jeder Haushaltungsvorstand

wird das neue Bürgerliche Gesetzbuch nicht entbehren können. Wer also noch nicht im Besitz desselben ist, der veräume die selten gebotene Gelegenheit zu einem so ungewöhnlich billigen Bezuge nicht.

Expedition des Volks- und Anzeigebblatts.

Winnenden.

Anmeldungen zu einer demnächst hier stattfindenden Schutzimpfung der Schweine gegen Rotlauf wollen bis 14. cr. hieher gemacht werden.

Den 12. Juli 1899.

Stadtschultheißenamt:
Hiemer.



Bienenzüchterverein Winnenden.

Die Sommer-Versammlung

findet am

Sonntag den 16. ds. Mts.,

nachmittags 1/2 3 Uhr

bei Mitglied Bindel statt.

Tages-Ordnung:

- 1) Behandlung der Bienen im Sommer und Vorarbeiten für den Herbst;
- 2) Besprechung wegen der Landesversammlung in Saulgau;
- 3) Besprechung betr. des Honigverkaufs.

Der Vorstand.

Gollenhof.

Wegen Entbehrlichkeit verkauft
Unterzeichneter
einen älteren



Schimmelwallachen

in eine gute Hand.
Es wird auch Vieh in Tausch
genommen.

Wilh. Häusermann.

Feuerwehr Winnenden.

Nächsten Montag den
17. d. M. haben die Züge
I Steiger, II Retter,
III Hydranten-
männer zur Übung aus-
zurücken.

Antreten: abends 6 Uhr am
neuen Magazin.

Das Kommando.

Isnyer Kirchenbau-Loose

Hauptgewinne 15 000, 6000, 2000, 1000 Mk. u. s. w.,

Ziehung 24. August 1899,

Stuttgarter Rennvereins-Loose

zur Hebung der Rennen, der Pferdezucht und des Stutt-
garter Pferdemarkts,

Hauptgewinne 15 000, 5000, 2000, 1000 Mk. u. s. w.,

Ziehung 5. Oktober 1899,

Uracher Kirchenbau-Loose

Hauptgewinne 15 000, 5000, 2000, 1000 Mk. u. s. w.,

Ziehung 7. November 1899,

sind je à 1 Mark zu haben in der

E. Huss'schen Buchdruckerei, Winnenden.

Winnenden.

Feilen

zum Anschauen werden entgegen
genommen von Herrn
Schlossermstr. Zwint.

Ich bin befreit

von den lästigen Sommerprossen
durch den täglichen Gebrauch von
Bergmann's Lilienmilch-Seife.
Vorrätig: Stück 50 Pfennig bei
Aug. Brandner, Seifenfabr.

**Teinacher
Hirschquelle**

Bad Teinach. (Württ. Schwarzwald.)

Winnenden.

Einige Mädchen

finden lohnende Beschäftigung in
meiner **Zwirnerei.**

C. F. Binz.

In Winnenden zu
haben bei Gull. Wolf.

Ein tüchtiger, kräftiger
Arbeiter
 für Sodafabrikation auf bauernde
 Arbeit sofort gesucht.
 Vereinigte Seifenfabriken
 Winnenden.

W i n n e n d e n .
 Ein noch guterhaltenes
Wägelchen,
 für eine Kuh passend, hat billig zu
 verkaufen
 W. Kurz, Schmiedstr.

Schwaibheim.
 Ein ehrliches, fleißiges
Mädchen
 von 15—18 Jahren wird sogleich
 nach Stuttgart gesucht.
 Zu erfragen bei
 Lidle & Döfen.

Überzeugen Sie sich, dass meine
**Deutschland-
 Fahrräder**
 die besten und dabei
 die allerbilligsten sind.
 Wiederverkäufer gesucht.
 Haupt-Katalog gratis & franco.
 August Stukenbrok, Einbeck
 Deutschlands größtes
 Special-Fahrrad-Versand-Haus.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 8. Juli. (72. Sitzung.)
 Vizepräsident Dr. Kiene eröffnet sie um 9 1/4 Uhr.
 Am Regierungstisch: Die Minister v. Bischof und
 Zeder, Direktor v. Buhl. — Ueber den 1. Gegenstand:
 „Anträge der staatsrechtlichen Kommission, betr. die
 Grundsätze über die Gehaltsvorrückung nach Dienst-
 alterstufen“, berichtet Abg. Nieder. Nach den Motiven
 werden die Beamten in die Gehaltsstufen derjenigen
 Kategorie, welcher sie zu dem Zeitpunkt der Einführung
 des neuen Systems angehören, mit der Maßgabe
 eingeteilt, daß die von ihnen in der dermaligen Kategorie
 zugebrachte Dienstzeit für die Einteilung in die Ge-
 haltsstufe entscheidend und für die fernere Vorrückung
 maßgebend bleibt. Jedoch soll bei der erstmaligen
 Einweisung der Beamten in die neuen Gehalte das
 Ueberspringen einer ganzen Gehaltsstufe für die Regel
 vermieden werden. Die Kommission beantragt die
 Worte „für die Regel“ zu streichen und dafür anzu-
 fügen: „Ausnahmen von dieser Regel sollen nur
 zulässig sein, wenn sich dieselben aus besonderen Be-
 stimmungen der Gehaltsordnung ergeben oder wenn
 ein Beamter außergewöhnlich lange Zeit in den bis-
 herigen Gehaltsklassen seiner Kategorie zugebracht hat
 oder wenn ein Beamter andernfalls von einem im
 Dienstalter nachstehenden Beamten überholt oder wenn
 er hinter einem Beamten gleichen Dienstalters zurück-
 bleiben würde.“ Der Antrag wird angenommen. —
 Beratung des Nachtragssetats, Ziffer 5. Für die
 Erbauung einer evang. Kirche nebst Pfarrhaus in
 Wörth D. A. Erlangen werden 85 000 M. gefordert.
 — Namens der Kommission beantragt Berichterstatter
 Frh. v. Wöllwarth einen Staatsbeitrag von 50 000 M.
 zu genehmigen, da der Staat nicht allein die Kirchen-
 kosten übernehmen soll. — Prälat v. Schwarzlopf
 legt eingehend die Verhältnisse der Gemeinde Wörth
 dar und beantragt Wiederherstellung des Entwurfs.
 — Abg. Rembold kann keine Rechtspflicht des Staates
 anerkennen. Er bezeichnet als Preis des Staates die
 Errichtung der Pfarren durch den Staat. Redner
 regt eine Einparrung der Gemeinde Wörth nach
 Unterdeufflatten an. Im übrigen sei Regel der Bau
 der Kirchen durch die Gemeinden selbst, ein Staats-
 beitrag werde gewährt im Höchstbetrage von 11—12 %.
 Im vorliegenden Fall werde verlangt, daß der Staat
 die Baukosten trage und die Kommission wolle
 50 000 M., also eine weit über das gewöhnliche
 Maß hinausgehende Summe verwilligen. — Abg.
 Büttel hat den Antrag eingebracht, 32 000 M. zu
 verwilligen. — Kultminister v. Sarwey: Der Abg.
 Rembold sei von Motiven geleitet, die nicht in einem
 unmittelbaren Zusammenhang mit der Erziehung stehen.
 (Oho!) Der Minister bemerkt, die Verhältnisse in
 Oberlochen seien wesentlich anders als in Wörth; den
 Bau einer Kirche hat die Regierung nie zugesagt,
 sondern nur versprochen, eine Erziehung einzubringen,
 alles andere unterliege der ständischen Verabschiedung.
 Eine formell-rechtliche Pflicht für den Staat bestehe
 nicht, wohl aber eine Ehrenpflicht. — Büttel (V. P.)
 begründet seinen Antrag. — Frh. v. Sedendorf (f. V.)
 tritt für den Antrag Schwarzlopf ein. — Es ist ein
 Schlußantrag eingelaufen, der abgelehnt wird. —
 v. Böh (D. P.) spricht zu Gunsten des Kommissions-
 Antrags. Wir haben noch in den letzten Tagen
 Millionen für Nebenbahnen verwilligt, wofür auch
 keine Rechtsverbindlichkeit vorliegt. — Gröber (Z.)
 verwahrt sich namens seines Freundes Rembold dagegen,
 als ob derselbe sich solcher Motive bedient habe, die
 mit dem Gegenstand an und für sich nichts zu thun
 haben. Das Zentrum werde von keiner andern Absicht
 geleitet, als derjenigen, man möge das übliche Maß
 von 12% als Staatsbeitrag für die Gemeinde Wörth
 ebenfalls ansetzen. Im Oberland, namentlich gegen
 das Allgäu, benützen die beiden Konfessionen häufig
 eine oder dieselbe Kirche und wenn wir hier eine
 Trennung verlangen, so müssen wir konsequenterweise
 auch eine ganze Reihe von Staatsbeiträgen zu Kirchen-
 bauten bewilligen. Schließlich erklärt Redner, daß
 das Zentrum für den Antrag Büttel stimmen werde.
 — Der Antrag Schwarzlopf (Wiederherstellung des
 Regierungsentwurfs) wird mit 52 gegen 20 Stimmen
 (die freie Vereinigung ohne Frh. v. Gaisberg, ferner
 von der Deutschen Partei: v. Abel, Sachs, Gunser

und Commerell) abgelehnt. Abgelehnt wird auch der
 Kommissionsantrag. Es haben 35 Abgeordnete mit
 Ja und 35 mit Nein gestimmt. Hausmann-Gerabronn
 enthielt sich der Stimmabgabe, was nach der Geschäfts-
 ordnung mit „Nein“ zu zählen ist. Für den Kom-
 missionsantrag stimmte die freie Vereinigung, Deutsche
 Partei und von der Volkspartei die Abgg. Lang,
 Erhardt, Hartmann, Böh, Sachs, v. Luz) zur Annahme.
 — Ziffer 13) zu Errichtung eines Neubaus für das
 Eberhards-Ludwigs-Gymnasium in Stuttgart erste Rate
 160 000 M. Angenommen, nachdem Böh (V. P.)
 erklärt hat, er mache seine Zustimmung zu der
 Erziehung davon abhängig, ob sich die Stadt Stuttgart
 zur unentgeltlichen Abgabe des Bauplatzes verstehe
 oder nicht. — Ziffer 19) zu einem Staatsbeitrag an
 die evang. Gesamtkirchengemeinde zur Erbauung der
 Pauluskirche in Stuttgart 40 000 M. Angenommen.
 — Ziffer 20) zu einem Staatsbeitrag an die Stadt-
 gemeinde Tübingen zur Erstellung eines neuen
 Gymnasiums — unter Ablehnung der Mehrforderung
 von 2970 M. — 10% des Bauaufwands 22 030 M.
 — Gunser (D. P.) beantragt die Wiederherstellung
 des Regierungsentwurfs. — Weidle (V. P.) unterstützt
 denselben. Der Antrag Gunser wird abgelehnt und
 dem Kommissionsantrag zugestimmt. — Vizepräsident
 Dr. Kiene teilt mit, daß ein von den Abgg. Binz,
 Böh, Stodmayer und Genossen unterzeichneter Antrag
 eingegangen ist: Die l. Regierung um Einbringung
 eines Nachtragssetats zu ersuchen, in welchem behufs
 Erlassung der Grundsteuer an Weinbergbesitzer, deren
 Weingärten im vergangenen Jahre keinen wesentlichen
 Ertrag lieferten, die Summe von 128 000 M. erigiert
 wird. — Gröber und Hausmann treten für Verweisung
 dieses Antrags an die Finanzkommission ein, während
 Böh um unverzügliche Beratung desselben bittet. Der
 Antrag Gröber wird angenommen. — Um 3/4 1 Uhr
 schlägt der Vizepräsident vor, die Sitzung abzubrechen
 und dieselbe um 2 Uhr wieder aufzunehmen. —
 Vizepräsident Dr. Kiene eröffnet die Sitzung nachm.
 2 Uhr wieder. — Fortsetzung der Beratung über den
 ersten Nachtragssetat. — Ziffer 14) an Stelle der
 Erziehung von 67 000 M. zu Errichtung einer staatlichen
 kath. Präparandenanstalt in dem bisherigen Kameral-
 amtsgebäude zu Ochsenhausen die Bereitwilligkeit
 auszusprechen, die zur Erweiterung der Anstalt in
 Saulgau erforderlichen weiteren Mittel zu bewilligen
 und die in Ziffer 16) zu Erbauung eines Kameral-
 amtsgebäudes in Wiberach geforderten 75 000 M.
 abzulehnen. — Ref. Dr. Hartmann begründet den
 Kommissionsantrag zu der erstgenannten Ziffer haupt-
 sächlich damit, daß alles darauf drängt, eine organische
 Verbindung zwischen den Präparandenanstalten und
 Seminarien herzustellen. — Sommer (Z.) tritt für
 Saulgau ein. — Kultminister v. Sarwey zitiert das
 Gutachten der kath. Oberschulbehörde, wonach das
 pädagogische Interesse sich recht wohl mit der Verlegung
 der Präparandenanstalt nach Ochsenhausen vertrage,
 zumal da jetzt eine organische Verbindung mit dem
 Waisenhaus herzustellen sei. Es bestehe zwischen dem
 Bau daselbst und demjenigen in Saulgau ein Unter-
 schied von 164 000 M. Das sei eine erhebliche
 Summe, wenn man bedenke, wie sparsam zuweilen
 das h. Haus verfähre. — Krug (Z.) ist für Ochsen-
 hausen und stellt einen Antrag. — Prälat v. Sandberger
 tritt unter Berufung auf das Gutachten der kath.
 Oberschulbehörde für den Regierungsentwurf ein. —
 Rufbauer (Z.) ist für Saulgau. — Hausmann-
 Gerabronn (V. P.): Der Antrag Krug geht so lange
 zum Brunnen bis er bricht. (Heiterkeit.) Namens
 seiner politischen Freunde erklärte er, daß dieselben nach
 wie vor bei dem Plan in Saulgau stehen bleiben.
 — Egger (Z.) macht geltend, daß die Lehrerschaft
 allgemein für Saulgau eingetreten sei. — Sachs
 (D. P.) will ebenfalls für den Kommissionsantrag
 stimmen. — Hausmann beantragt namentliche
 Abstimmung über den Antrag Krug; da sich an
 derselben nur 38 Abgeordnete beteiligen, so ist das
 Haus nicht beschlußfähig. Das Resultat war, daß
 24 Abgeordnete für den Antrag stimmten, 33 dagegen.
 Der Abg. Rath enthielt sich der Stimmabgabe. —

Vizepräsident Dr. Kiene schließt die Sitzung und
 beraumt 10 Minuten später eine neue Sitzung an.
 — Frh. v. Gemmingen glaubt, daß in 10 Minuten
 das Haus auch noch nicht beschlußfähig sein werde.
 — Gröber: Das mache nichts aus. Vielleicht
 überlegen es sich aber die Herren in der neuen Sitzung
 namentliche Abstimmung zu verlangen. Schluß der
 Sitzung 4 Uhr.
 — 8. Juli. (73. Sitzung.) Vizepräsident Dr.
 Kiene eröffnet sie um 4 Uhr 10 Min. Fortsetzung
 der Beratung über Ziffer 14 des Nachtragssetats.
 — Hausmann-Gerabronn (V. P.) zieht seinen Antrag
 auf namentliche Abstimmung zurück. — Dagegen nimmt
 jetzt Krug (Z.) diesen Antrag auf. Die Unterstüßung
 reichte aber nicht aus. — Hierauf wird der Antrag
 Krug abgelehnt und mit schwacher Mehrheit der
 Kommissionsantrag (Bereitwilligkeit für den Bau in
 Saulgau) angenommen. Hierauf wird auch der
 Kommissionsantrag zu Ziffer 16 genehmigt und die zu
 Erbauung eines Kameralamts in Wiberach geforderten
 75 000 M. abgelehnt. — Vizepräsident Dr. Kiene:
 Wir haben nunmehr alles aufgearbeitet, was seitens
 der beiden Kammern und der l. Regierung in dieser
 Session als beratungsfähig erkannt worden ist. Es
 bleibt uns nur noch 1) die Beratung eines Antrags
 zum Reichspressgesetz, 2) eines abweichenden Beschlusses
 der ersten Kammer zum Handelskammergesetz und 3)
 die Entgegennahme des Kommissionsberichts betr. die
 Personalarreform übrig. In nächster Woche können
 unsere Beratungen ausfallen und es findet die nächste
 Sitzung erst Dienstag den 18. Juli nachm. 3 Uhr
 statt. Schluß der Sitzung nachm. 5 Uhr.

Landesnachrichten.

— Infolge Entschliebung des R. Ministeriums
 der ausw. Angel. werden sämtl. während der Zeit
 vom 1. Sept. bis 15. Dez. v. J. in Stuttgart
 eintreffenden Wagenladungen von frischem Obst zur
 Entladung auf dem Nord- und Westbahnhof daselbst
 verwiesen. Die Abfertigung der nach Stuttgart bes-
 timmten Obstwagen erfolgt in der gedachten Zeit auf
 dem Nordbahnhof, soweit nicht Stuttgart Westbahnhof
 in den Frachtbriefen als Empfangsstation vorgeschrieben
 ist. Frachtbriefvorschriften, welche die Bereitstellung
 der Obstwagen auf dem Hauptgüterbahnhof Stuttgart
 bezwecken, bleiben unberücksichtigt.

* * * Waiblingen, 10. Juli. Heute wurde
 hier die jährliche Bezirksschulerversammlung unter Vor-
 sitz von Hrn. Bezirksschulinspektor F i n d b und unter
 Teilnahme sämtlicher Lehrer und vieler Geistlichen des
 Bezirks in Rathausaal abgehalten. Nach dem
 Uebersichtsbericht über die Schulverhältnisse des Bezirks
 beträgt die Schülerzahl in den 33 Schulgemeinden
 4308 und die Zahl der Lehrstellen 67. Die Schüler-
 zahl ist gegen dem Vorjahr gleich geblieben und hat
 die seit 1887 rückgängige Bewegung derselben mit
 847 allem Anschein nach ihr Ende erreicht. Im
 Durchschnitt kommen auf einen Lehrer 64 Schüler.
 Die größte Schülerzahl in einer Schule mit 100
 Schüler und darüber haben eine Mädchenklasse in
 Waiblingen und die Unterklasse in Schwaibheim.
 Die kleinsten Schulen sind in Necklinsberg und Buch.
 Gestorben sind im vergangenen Schuljahr 3 Lehrer,
 neu besetzt 2, erledigt 4 Stellen. Sonntags- und
 Fortbildungsschulen sind im Bezirk 69, nämlich 37
 für Söhne und 32 für Töchter, mit einer Schüler-
 zahl von zusammen 1189. Auch die Industries-
 schulen für Mädchen haben im letzten Jahr durch den
 im vorigen Sommer in Waiblingen abgehaltenen Kurs
 für Arbeiterinnen an manchen Orten einen neuen
 Aufschwung genommen, da in Hohent, Deschelbronn,
 Weinstein u. Hochdorf der Arbeitsunterricht obligatorisch
 eingeführt wurde. Als zweiter Gegenstand stand auf
 der Tagesordnung ein Lehrplan für die Sonntagss-
 chulen, der den vorgeschriebenen Stoff in Religion,
 Aufsatz, Rechnen und Realien auf 3 Jahre zweckmäßig
 zu verteilen bestrbt ist. Zum Schluß wurde mit
 großem Interesse eine von der Diözesanischen Buch-
 handlung in Tübingen ausgestellte reichhaltige Aus-
 stellung von Schulwandarten und anderen Lehrmitteln
 für den Unterricht besichtigt.

Stuttgart, 10. Juli. J. M. der König und die Königin verlassen dem Vernehmen nach Mittwoch früh Bebenhausen und begeben sich zu längerem Aufenthalt nach Friedrichshafen.

Stuttgart. Im Druck erschienen ist ein fünfter Nachtragsetat. Derselbe enthält Nachträge zu einzelnen Kapiteln des Kultetats, entsprechend den Beschlüssen der Abgeordneten-Kammer bezüglich der Gehaltsaufbesserungen. Gefordert werden 213 150 M., darunter 135 000 M. für die Geistlichen, 120 000 M. für die Volksschullehrer. Für die Verbesserung der Gehaltsverhältnisse der Zeichenlehrer sind 5700 M., der der Kollaboratoren 5000 Mark eingestellt.

Stuttgart. (Die Wirte und das Umgebungsgebiet.) Am 5. Juli fand eine zahlreich besetzte Sitzung des weiteren geschäftsführenden Ausschusses des Landesverbandes der Wirte Württembergs statt, in welcher Stellung zu dem Gesetzentwurf betr. weitere Änderungen des Wirtschaftabgabengesetzes vom Jahre 1827 genommen wurde. Darüber berichtet die „Deutsche Wirts-Zeitung“: „Allgemein wurde der Entschiedenheit Ausdruck gegeben über die Unzulänglichkeit dessen, was der Entwurf dem Wirtschaftsstande und wie wiederum die Wirte mit Steinen Brot abgepeist werden sollen. Mit teilweise scharfen Worten wurde mit vollem Rechte betont, erstens die Hauptungerechtigkeit des Umgebungsabgabes nur den im Wirtschaftshaus getrunkenen Wein mit einer Steuer belegt, beibehalten wurde, zweitens die so vielgepriesenen Kontrollen in ihrer Mehrzahl nur den mit der Kontrolle beauftragten Steuerorganen zugute kommen und drittens der Entwurf dem Wirtschaftsstande teilweise noch weitere Verschärfungen bringt.“ Es wurde beschlossen, eine Kommission, bestehend aus neun Personen, zu wählen, welche Stellung zum Gesetzentwurf nimmt und ihre Anträge seinerzeitigen, großen Landesausschussitzung vorbreiten wird.“

Stuttgart. Das vierzigjährige Jubiläum der Gründung des (ehemaligen) zweiten württembergischen Jägerbataillons findet am nächsten Sonntag im Festsaal des Königshauses statt.

Der Verband reisender Kaufleute Deutschlands wird dieser Tage Stellung zur Frage der Eisenbahn-Reform nehmen und voraussichtlich die Beibehaltung der Landeskarten den Kilometertarif empfehlen.

(Bahnhofsmission.) Die von dem Verein freundsinniger junger Mädchen, welcher im ganzen Lande seine Vertreterinnen hat, beschlossene Bahnhofsmission hat am 1. Juli in Stuttgart ihren Anfang genommen. Dieselbe hat den Zweck, am 1. und 15. jeden Monats den ankommenden, abgehenden Mädchen mit Rat und That beizuhelfen. Plakate in den Wartesälen der Bahnhöfe und in den Eisenbahnwagen 3. Klasse machen die reisenden Frauen und Mädchen auf die segensreiche Richtung aufmerksam. Die Damen, Frau Marie Stieglitz Witwe, Marienstraße 9, Cannstatt, Frau Fräulein Elise Harres vom Marthahaus, Marienstraße 1 c., Stuttgart, welche den Ehrenämtern der Bahnhofsmission bekleiden, sind durch ein weißes Schulterband mit rosa Kreuz ausgezeichnet.

(Ueber das heurige Juli- und Augustwetter.) Der bekannte Berliner Meteorologe Herr Hellmann hat das Auftreten von milden Monaten Juli und August bis auf das Jahr 1719 zurückverfolgt. Demnach sind in den 180 Jahren 51 milde Winter in Mitteldeutschland gewesen. Die milden Winter treten gewöhnlich gruppenweise 2-3fach auf, insbesondere in ein längerer Zeitraum dazwischen liegt, wie beispielsweise bei den letzten milden Wintern 187-98 und 1898-99, die nach 14jähriger Kälte erschienen sind. Nach den vorhandenen Zeichnungen folgte nun in der Regel nach den milden Wintern ein warmes oder gar zu warmes Winter im Juli und August. Es ist demnach, so Herr Hellmann, mit größter Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß nach dem sehr milden Winter 1898-99 in den Monaten Juli und August warmes Wetter herrschen wird, wenn auch Anfang des Juli nicht dafür gesprochen hat.

Cannstatt, 9. Juli. Wie aus bester Quelle lautet, beabsichtigt die Eisenbahndirektion vom Januar 1900 ab den Zehnpsennigtarif auf den Strecken Stuttgart-Cannstatt und Cannstatt-Degerheim einzuführen und zur Erleichterung

des Schalterdienstes Fahrkarten-Automaten auf den drei in der Frage kommenden Bahnhöfen aufzustellen. Nebenbei aber sollen die Fahrscheine, mit denen die einfache Fahrt auf den genannten Strecken seither schon 10 Pfennig kostete, beibehalten werden. Wenn man bedenkt, daß der Verkehr zwischen Stuttgart und Cannstatt der dritthöchste im ganzen deutschen Reich ist, so wird man die geplante Neuerung als eine wesentliche Erleichterung für das Publikum wie für das Schalterpersonal nur mit Freude begrüßen können. Wenn sich die Einrichtung bewährt, woran man nicht im mindesten zweifelt, so soll sie bald in der Richtung Eßlingen und Ludwigsburg ausgedehnt werden. Die seitens der Eisenbahndirektion schon länger ins Auge gefaßte Einführung des Bechninutenbetriebs zunächst zwischen Stuttgart-Cannstatt und Stuttgart-Feuerbach oder Ludwigsburg hat sich noch nicht bewerkstelligen lassen, doch ist sie Gegenstand ernster Erwägung.

Cannstatt, 9. Juli. Heute Vormittag 7 Uhr erkrankte ein lebiger Fabrikarbeiter von Dagerheim beim Nachfahren auf dem Neckar oberhalb der König-Karlbrücke. Der Leichnam wurde an derselben Stelle eine Stunde später aufgefunden.

Ludwigsburg, 9. Juli. Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung war heute der 9. Verbandstag der Flaschnermeister und Installateure Württembergs hier versammelt. Gemäß dem Antrag des Ausschusses wurde die Teilung des Verbandes in vier Unterverbände beschlossen; jeder Unterverband erhält seinen eigenen Ausschuss, aus welchem sich dann der Hauptausschuss zusammensetzt. In einer Resolution wurde das Verlangen ausgesprochen, daß die Wahlen in die Handwerkerkammern nicht durch die Ausschüsse, sondern durch die Vollversammlung vollzogen werden. Die Mitgliederzahl hat jetzt nahezu das dritte Hundert erreicht. Einmütig wurde der Beschluß gefaßt, für nächstes Jahr einen Verbandstag der Blechner-, Flaschner-, Spengler-, Klempnermeister und Installateure Süddeutschlands nach Stuttgart einzuberufen zur Herbeiführung einer einheitlichen geschlossenen Organisation. Ueber den Stuttgarter Flaschnerstreik und dessen Folgen berichtete Vorstand Vöbter; er erläuterte die Gründe für das Verhalten der Meister, die vom Verbandstag gebilligt wurden. Die Sterbekasse zählt jetzt 266 Mitglieder; bei eintretendem Todesfall werden 200 M. Sterbegeld gewährt.

Ludwigsburg, 9. Juli. Gestern Nachmittag ist von dem an der Abzweigung der Ludwigsburg-Marbacher Bahnlinie von der Hauptbahn gelegenen Bahnhofsgebäude der obere Stock abgebrannt. Die Habseligkeiten konnten zum großen Teil geborgen werden. Die auf dem Brandplatz erschienene Eglosheimer Feuerwehr hatte hauptsächlich die Aufgabe, das daneben stehende ältere Bahnhofsgebäude zu schützen. Die Entstehungsbursache ist noch nicht ganz aufgeklärt, doch erscheint Fahrlässigkeit oder Brandstiftung ausgeschlossen.

In Frankenbach, O.A. Heilbronn, brach am 8. v. Nachm. bei der Witwe Hammel ein Brand aus, der das Wohngebäude zum größeren Teil zerstörte. Bestimmte Anhaltspunkte für die Entstehung haben sich noch nicht ergeben.

Aus Eßlingen. Die Sozialdemokraten stellen im 5. Reichstagswahlkreis zu der bevorstehenden Ersatzwahl wieder ihren Genossen Schlegel auf.

Hofdomäne Weil, 9. Juli. Das tgl. Privatgeheiß Weil hat im Karlsbader Meeting abermals einen Sieg zu verzeichnen. Im Liechtensteinpreis (1800 Kronen dem Sieger, 1100 M. für 2jährige) ging Rüdenfee, welche sich am 1. Tage mit einem Platz begnügen mußte, unter Joley Rositter leicht mit einer Länge durch das Ziel. Auch der gestrige Sonntag brachte in Karlsbad den Pfunden des Königs 2 Siege. Rüdenfee konnte das Mühlbrunn-Handicap, Dist. 1100 m (4000 Kronen dem Sieger) um 1 Kopf gewinnen, Tertum siegte im Beaten-Handicap, Dist. 1200 m (2500 Kronen dem Sieger.) Der im Acker Hürdenrennen gestern gleichfalls gelaufene Blondin ist gefallen, ohne übrigens gefährlich verletzt worden zu sein.

Eßlingen, 10. Juli. Der Tagelöhner Geiger, ein braver, fleißiger Mann, stürzte gestern von einem Heuwagen ab und war sofort tot.

Untertöchen, 8. Juli. Folgende heitere Geschichte bildete in den letzten Tagen das Gespräch

hier. Längere Zeit hauste in dem Führerstell eines Bauern ein Marber und erregte den Zorn des Hausbesizers, bis dieser beschloß, dem frechen Räuber den Garauß zu machen. Das Aufstellen einer Klappfalle war denn auch bald erfolgreich. Nun war der Gesuchte freilich gefangen, aber wie ihn aus der Falle bringen. Ein heller Nachbar machte den Vorschlag, die Falle in einen Sack zu entleeren und den Marber auf der Staffel zu töten. Gesagt — gethan. Wie verlängerten sich aber die Gesichter, als aus dem Sack statt des Marbers die Kape des Bauern geschüttelt wurde. Den Eigentümer selbst traf „natürlich“ keine Schuld, da er schon vor dem Gerichte gesagt hatte: „Wer solltet vorher no amol guda, 's lennt au mei Kap sei!“

— Aus Ulm. Die Lösung der Entfestigungsfrage wird in der Stadt freudig begrüßt. Die kaiserliche Genehmigung zur Niederlegung der inneren Umwallung traf am Freitag abend telegraphisch ein. Der Kaufpreis beträgt, wie schon mitgeteilt, 4 1/2 Millionen M., wovon nach Abzug des für die Eisenbahnverwaltung und andere Zwecke benötigten Teils für die Stadt ein Terrain von 692 599 Quadratmeter zum Preise von 3 882 980 M. verbleibt. Das Kaufgeld kann in zwanzig unverzinslichen Jahresraten entrichtet werden. Der Entfestigungsbeschluß bedeutet einen in der Geschichte Ulms höchstbedeutenden Akt.

Liebenzell. Unser im schönen Schwarzwald idyllisch gelegener heilbewährter Bades- und Luftkurort, das Städtchen und das mit ihm in engster Verbindung stehende Obere und Untere Bad im Kleinwildebad stehen aufs beste gerüstet da, um die Gäste zu empfangen. Die verschiedenen Gasthäuser bieten den Gästen Alles, um ihnen den Aufenthalt angenehm zu machen. Im vorigen Jahr ist ein gut eingerichteter Neubau zum Unteren Bad erstellt worden, und der Besitzer hat neben sonstigen Neuerungen heuer seinen Speisesaal und die Gartenanlagen schön hergerichtet. In dem Oberen Bad wurde mit eigener Wasserkraft das ganze Anwesen einschließlich der Gartenanlagen mit elektrischem Licht versehen, das sich trefflich bewährt. Die Stadtverwaltung sorgt wöchentlich 2mal für Konzerte in der herrlich gelegenen und beschatteten Badaallee, in der vom Verschönerungsverein erst vor kurzem ein Musikpavillon mit gefälligem Außenwerk erstellt wurde. Ueberall und in den nahe gelegenen Wäldern sind Bänke angebracht und die staubfreien Waldwege in besten Zustand versetzt.

Ravensburg, 9. Juli. Heute findet der 22. Verbandstag der kaufmännischen Vereine Württembergs statt. Die Verhandlungen der Delegierten begannen schon gestern abend um 7 Uhr im Gasthof zum Lamm. Dieselben erstreckten sich auf den Bericht über das abgelaufene Jahr, wobei es sich herausstellte, daß die Kasse sehr gut bestellt ist, ferner auf den Bericht über die Stellenvermittlung, über die kaufmännische Unterstützungskasse, auf einen Bericht über den deutschen Verbandstag in Eisenach etc. Auch das kaufmännische Fortbildungswesen kam zur Sprache und die Errichtung einer kaufmännischen Fachschule wurde angeregt. Bei der Wahl des nächstjährigen Vorortes wurde Stuttgart bestimmt und als Vorstand des Verbandes Kaufmann Loch, Heilbronn gewählt. Heute vormittag um 10 Uhr war Fräulein Schoppen auf der Weitzburg mit Konzert der Kapelle des 2. Infanterie-Regiments von Ulm. Mit dieser Musik zog man um 1/2 12 Uhr ins Konzerthaus, wo die Mittagstafel gedeckt war, die durch die Vorträge dieser Kapelle und verschiedene Reden und Toaste gewürzt war. Die Beteiligung an der mittags 2 Uhr begonnenen Rundfahrt auf dem Bodensee, wohin man mit dem Schnellzug gelangt war, eine sehr große. In Bad Schachen wurde ein Imbiss eingenommen. Hochbefriedigt lehrten die Festteilnehmer mit dem Abendzuge wieder hieher zurück.

Tagesberichte.

Berlin, 8. Juli. Wie das Berliner Tagblatt vernimmt, geht dem Bundesrat in diesen Tagen eine im Reichsamt des Innern gearbeitete Novelle zum Weingesetz von 1892 zu, in welcher die gewerbsmäßige Herstellung von Kunstwein verboten wird.

— Neue Bestimmungen des Bundesrats sind in Bezug auf die Anstellung von Militäranwärtern im Kommunaldienst erlassen worden. Danach sind die Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Kommunen und Kommunalverbänden mit Ausnahme derjenigen, die weniger als 3000 Einwohner haben, ferner bei den Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten, sowie bei städtischen und solchen

Instituten, die ganz oder zum Teil aus den Mitteln des Reichs, des Staates oder der Gemeinden erhalten werden, ausschließlich des Forstbetriebes vorzugsweise mit Militärwärtern zu besetzen. Ausschließlich mit Militärwärtern sind zu besetzen, falls die Besoldung einschließlich der Nebenbezüge mindestens 600 M beträgt, 1) die Stellen im Kanzleibienste einschließlich der der Lohnschreiber; 2) sämtliche Stellen, deren Obliegenheiten im Wesentlichen in mechanisch. Dienstleistungen bestehen und keine besonderen Vorkenntnisse erfordern. Die den Militärwärtern vorbehaltenen Stellen können auch Offiziere und Deckoffiziere verkleidet werden, denen beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienst die Aussicht auf Anstellung im Zivildienst gemacht worden ist. Von den übrigen Bestimmungen sind folgende wichtig: Sind für gewisse Dienststellen besondere Prüfungen vorgeschrieben, so hat diese auch der Militärwärter abzulegen, auch kann die Zulassung zu dieser Prüfung oder die Annahme der Bewerbung überhaupt von einer vorgängigen informatorischen Beschäftigung in dem betreffenden Dienstzweig abhängig gemacht werden, die nicht über 3 Monate dauern soll. Diese Grundsätze treten am 1. April 1900 in Kraft.

Die Auswanderung über Hamburg im Monat Juni d. J. hat gegen das Vorjahr ganz erheblich zugenommen; sie betrug nämlich in dem genannten Monat 7646 Personen gegen 3339 Personen im gleichen Monat des Vorjahres und gegen 9001 Personen im Monat Mai d. J.

Mannheim, 11. Juli. In Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal erhielten bei den Urwahlen für den bayrischen Landtag die Sozialdemokraten und das Zentrum die Mehrheit.

Freiburg i. B., 11. Juli. Durch einen Wolkenbruch wurden zwischen Hoppach und Todtmoos 2 Brücken fortgerissen. Durch den Wolkenbruch sind mehrere Häuser gefährdet, der Hagel liegt einviertelmeter hoch. Viele Wiesen sind verborben. Alles Futter wurde fortgeschwemmt.

München, 11. Juli. In München I, wo 5 Abg. zu wählen sind, schlossen vor Beginn des Wahlkampfes Zentrum und Sozialdemokraten einen Kompromiß, wonach angeblich bei der Hauptwahl 2 Abgeordnete dem Zentrum und 3 den Sozialdemokraten zufallen sollen. Infolge dieses Kompromisses würde der Wahlkreis den Liberalen verloren gehen. Es wurden 83 Liberale, 155 Sozialdemokraten und 90 Zentrumsmänner gewählt; 16 Wahlmännerergebnisse fehlen noch. — In Ingolstadt ist die Wiederwahl Richthofers und Dr. Orterers gesichert. — In Bayreuth-Stadt wurden 24 Liberale und 14 Sozialdemokraten gewählt.

Wien. Nach einer Zusammenstellung, die Schönerer in seinem Blatte veröffentlicht, haben bis Ende Juni 3252 Personen dem kathol. Glauben abgejagt. Davon entfallen auf Böhmen 1390, Niederösterreich 1023, (Wien 934), Mähren 167, Steiermark 388, (Graz 222), Oberösterreich 60, Kärnten 58, Schlesien 12, Salzburg 70, Tirol 41.

Wien, 10. Juli. Der Bund der deutschen Landwirte in der Ostmark hielt gestern in Eger eine Versammlung ab, woran Schönerer teilnahm. Der Abgeordnete Fro erklärte, wenn im Herbst der österreichische Reichsrat einberufen werde, so sei das Fronie und da müsse das Beispiel, was Belgien gegeben habe, befolgt werden. Redakteur Heber wies auf das alte reichstädtische Wappen Egers mit dem deutschen Reichsadler hin, dessen untere Hälfte zum Zeichen der Verpfändung an Böhmen verkleidet sei. Heber sagte, dieser Adler muß befreit werden, wir Deutsche folgen dem einlöpfigen, nicht dem zweilöpfigen Adler. Bei diesen Worten löste der Regierungsvertreter die Versammlung auf.

Wien, 10. Juli. In Belgrad sollen schreckliche Zustände herrschen und zwar infolge der Verhaftungen von Personen, welche der Teilnahme am Attentat auf den Fürsten Milan verdächtig sind.

Lindau, 8. Juli. Erfahrungsgemäß beginnt der große Fremdenstrom zum Bodensee mit dem 15. Juli, dem Ferienbeginn an den meisten Schulen. Von diesem Zeitpunkt an ist oft wegen Ueberfüllung der Gasthöfe die Nachfrage nach Privatwohnungen eine gesteigerte. Der gemeinnützige Verein in Lindau hat nun im Interesse der Fremden, die mit den Nachzügen in Lindau eintreffen, den Beschluß gefaßt, vom 15. Juli bis 1. September im Bahnhof ein Wohnungsbureau einzurichten, in dem täglich Nachts von 10 1/2 Uhr bis 1 Uhr Mitalieber anwesend sein werden.

um dem ankommenden Fremden bei eingetretener Ueberfüllung der Gasthöfe nach Lage, Beschaffenheit und Einrichtung empfehlenswerte Privatwohnungen anzuweisen.

Rom, 10. Juli. Die „Tribuna“ veröffentlicht eine Unterredung, die ihr Redakteur mit Zola hatte. Derselbe sagte, daß die Freisprechung Dreyfus zweifellos sei, trotzdem im letzten Augenblick alles versucht werden wird, um auf die Richter einzuwirken. Dreyfus wird sich nach seiner Freisprechung sofort ins Privatleben zurückziehen.

Paris, 11. Juli. Der Gefängnisdirektor von Coyenne, Deniel, der den Hauptmann Dreyfus in barbarischer Weise behandelt hat, ist seines Postens enthoben worden. Auch ist, dem Siecle zufolge, eine Disziplinaruntersuchung gegen ihn eingeleitet worden. Professor Havel teilt im „Figaro“ die Torturen mit, denen der Gefangene ausgesetzt gewesen. So wurde tatsächlich die Hütte Dreyfus ein Jahr lang mit einer Mauer umgeben, die nur etwa 40 Centim. davon entfernt war, so daß der Gefangene förmlich eingemauert war und das Meer nicht mehr sehen konnte.

Paris. Außer dem Figaro, der, wie gemeldet, den Besuch Kaiser Wilhelms auf dem französl. Schulschiff „Iphigenie“ im Hasen von Bergen und dessen politische Bedeutung wohlwollend erörtert, zeigt sich die übrige Presse ziemlich zurückhaltend. Daß die nationalisistischen Blätter sich völlig ablehnend verhalten werden, war zu erwarten. Das Petit Journal meint, wenn Kaiser Wilhelm nun noch zur Weltausstellung komme, so sei seine Politik gekrönt. „Unter dem Schatten einer wohlwollenden Sugerantität gönnt er uns verhältnismäßige Ruhe und beglückwünscht sich gleichzeitig, daß die französische Armee in Rennes den letzten Rest ihres Ansehens ablegen soll.“ Die Patrie ist sogar entrüstet, daß französische Offiziere gezwungen worden seien, mit Deutschen zu fraternisieren. Das Blatt sagt: „Wir haben nicht mehr die Kraft, uns zu entrüsten.“

Paris. Im „Figaro“ veröffentlicht Cornely einen Leitartikel, der sich über die Blätter lustig macht, die sich über den Besuch Wilhelms II. an Bord der Iphigenie entrüsten. „Entrüsten Sie sich nur“, rebet Cornely seine Chauvinistischen Kollegen an, „man wird Sie nicht ernst nehmen — weder diejenige noch jene der Vögel. Ihrer Entrüstung fehlt die Logik, denn Sie müßten folgerichtig eine Kriegserklärung an Deutschland befürworten. Dann würden Sie freilich als Narren und als Verbrecher vor der öffentlichen Meinung gebrandmarkt werden. Da man nun den Krieg nicht will, ist es auch nicht notwendig, die öffentl. Meinung in einen kriegerischen Zustand zu versetzen. Es ist wirklich außerordentlich, daß gewisse Leute das Bedürfnis empfinden, uns jeden Morgen daran zu erinnern, daß wir 2 Provinzen verloren haben, ohne daß diese Leute je ernsthaft den Vorschlag machen, die Provinzen wieder zu nehmen. Im Anfang dieses Jahrhunderts eroberte Napoleon eine ganze Anzahl von Ländern, aber niemals haben wir gehört, daß die Völker, die Napoleon unterwarf, sich geberdeten wie einige franz. Journalisten und immer von Revanche sprachen, ohne daß sie sie ausgeübt hätten. Wenn diese Völker so gehandelt hätten, wäre Frankreich heute noch so groß wie am Anfang des Jahrhunderts.“

London, 8. Juli. Der Besuch des deutschen Kaisers auf der Iphigenie erregt auch in England nicht geringes Aufsehen. So schreibt die Daily Graphic: „Daß der Besuch ein Ereignis von einiger intern. Bedeutung sei, ist ein Satz, den Niemand in Frage ziehen wird. Nichts von gleichem Charakter ist in der ganzen Zeit seit dem Kriege von 1870 vorgekommen. Wenn man aber in die Zukunft blickt, erinnert man sich naturgemäß daran, daß die Pariser Ausstellung hart vor der Thür steht. Dem Kaiser ist seit Langem der Wunsch zugeschrieben worden, die eine europ. Hauptstadt zu besuchen, die ihm bis dahin verschlossen geblieben ist, und es ist lediglich natürlich und rühmendwert, wenn er fühlt, daß es Zeit ist, daß die Wunden von vor 30 Jahren entgiltig geschlossen werden. Würde dieser Wunsch in Frankreich erwidert werden, so würde dies mit Genugthuung auch in England empfunden werden. Eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich kann lediglich zur Förderung des Weltfriedens dienen, einem Ziel, das nirgends ernsthafter erstrebt wird, als von uns selbst.“

Die Londoner wollen nicht alle Handel

mit Transvaal. Eine von etwa 3000 Personen besuchte Versammlung auf Trafalgar Square protestierte gegen einen Krieg mit Transvaal. Unter Jubel wurde beschlossen, die betreffende Resolution an den Präsidenten Krüger zu telegraphieren, um ihm zu beweisen, daß es in London noch anständiger Menschen gebe.

Belgrad, 9. Juli. Mehrere Geistliche, darunter der Erzpriester Militsch, sind verhaftet worden. Die anderen Angeklagten leugnen beharrlich, doch sind belastende Schriftstücke, namentlich des Petersburger Gesandten Gruitsch, gefunden worden. Die meisten Staatsoberhäupter beglückwünschten den König Alexander.

Belgrad, 7. Juli. Nikola Pasitsch wurde in Saitzhar verhaftet. Die Polizei hat festgesetzt, daß die Kapitaninwitwe Saritsch täglich seit 8 Tagen mit dem Attentäter Knezevic, der im Hotel Makedonia wohnte, dort mehrstündige Unterredungen hatte.

Aus Belgrad, 10. Juli wird gemeldet: Ueber die Stadt Belgrad und den Bezirk Belgrad ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Maßregel wurde beschlossen infolge gewisser Enthüllungen im Laufe der Untersuchung über das Attentat auf König Milan und der Notwendigkeit, über die öffentliche Sicherheit zu wachen. Erzpriester Milica Juricija, ein hervorragender Radikaler, wurde heute von Ulica nach Belgrad gebracht und der Polizei übergeben. Zwei Mitarbeiter des Blattes Objel wurden verhaftet. Der Objel sein Erscheinen eingestellt. — Generalverlautet, wurde auch die Verhaftung des Gesandten in Petersburg, Generals Sawa Gruitsch, beschlossen. Der General soll zur Zeit des Schadowski-Zwischenfalls mit dem radikalen Parteiführer, namentlich mit dem früheren Minister Wesnitsch, der gleichfalls verhaftet wurde, eine vertrauliche Korrespondenz unterhalten haben. Er soll, sobald er nach Belgrad zurückgekehrt ist, festgenommen werden.

Budapest, 7. Juli. Verlässliche Privatdepeschen melden, daß der Attentäter sich dem Wagen Milans mit einem Besuch näherte. Der Attentäter kam vor einigen Tagen nach Sofia, wo er sich im Hotel Makedonia unter falschem Namen einlogierte. Milan sagte nach dem Attentat: „Das haben unsere radikalen Feinde Pasitsch und Genossen gethan. Gott schütze Serbien!“ Der Zustand des Adjutanten ist gefährlich, da Uniformstücke in die Wunde kamen. Milan besuchte heute im Garnisonsspital den Adjutanten.

Handel und Verkehr.

— Zentralvermittlungsstelle für Obstverwertung, Eßlingerstraße 15 II, Stuttgart. Es liegen uns vor:

Angebote von roten und schwarzen Johannisbeeren, Stachelbeeren, u. a. amerikanische Gebirgsstachelbeeren, Montain Gooseberry Himbeeren.

Nachfragen nach weißroten Kirschen (Kaiserkrische), Aprikosen, Mirabellen, Reineklauben, Zwetschgen, Gaiehirte, sämml. zum Konservieren geeignet, also nicht vollständig reif, roten, weißen und schwarzen Johannisbeeren, Stachelbeeren.

Die Vermittlung geschieht unentgeltlich. Vorschriften und Anmeldeformulare sind jederzeit prompt und kostenfrei durch uns erhältlich.

Todesfall

20 Prozent

extra Rabatt

während

des Ausverkaufs.

Muster

auf Verlangen

franko.

eines Theilhabers im vorigen Jahre und die dadurch veranlasste Uebernahme des Lagers, welches nunmehr geräumt werden muss, nötigt uns zu einem wirklichen totalen Ausverkauf
mit einem Extra-Rabatt von 20 p. auf sämtliche Stoffe, einschliesslich der neu hinzugekommenen u. offerierten wir beispieelsweise:
6 m sol. Sommer- u. Herbststoff zum Kleid für M. 1.80
6 m sol. Winterstoff zum Kleid für M. 2.10
3 m Buginstoff zum ganzen Herrnanzug für M. 3.60
sowie schönste Kleider- u. Blousenstoffe versend. in einzeln. Metern bei Aufträgen von 20 Mk. an franco
Oettinger & Co., Frankfurt a. M.
Verkaufshaus.